



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 9

September 1970

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

ITF-Funkoffiziere beraten über zukünftige Gestaltung des internationalen Seenot-Funkmeldesystems 93/94
Lateinamerika: Lehrgang über Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Schifffahrt 95

Transport und Verkehr

Kanada: Führende Rolle der Eisenbahnergewerkschaften bei Bemühungen um Aufrechterhaltung des schienengebundenen Personenverkehrs 96
Oesterreich: Bundesregierung ratifiziert das Tokio-Abkommen 96
USA: Einheitliche Verkehrspolitik der einzige Ausweg aus der Eisenbahnkrise 96
New York plant Massnahmen zur Abwehr von Ueberfällen auf Taxifahrer 97

Gewerkschaften

Grossbritannien: Kongress des Gewerkschaftsbundes fordert höhere Löhne und Expansion der Wirtschaft 98
Spanien: Personal der U-Bahn von Madrid ersucht Regierung um Beistand im Lohnkonflikt 99
IBFG-Erklärung zum zweiten Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei 99
Kalifornischer Traubenboykott zu Ende 100

Aus der Welt der Arbeit

Vorläufig noch kein dänischer Fischerstreik 100
Deutschland: Entscheidender Erfolg der GdED 100
Deutschland: Tarifvertrag über das Sozialwerk für Seeleute 101
Hafenarbeiter in London und Hull stimmen für Modernisierung 101
Grossbritannien: Höhere Mindestlöhne für LKW-Fahrer 102
Grossbritannien: Personal privater und kommunaler Autobetriebe verweigert Ueberstunden 102
Grossbritannien: Gemeinsames gewerkschaftliches Aktionskomitee im Luftverkehr 103

bitte wenden!

Fortsetzung

Seite

Indien: Leichterbesatzungen im Hafen von Kalkutta streiken	103
Island: Tarifpolitischer Erfolg isländischer Fischer und Seeleute	104
Japan: Seeleute erwägen Boykott der Riesentanker	104
Kanada: Gewerkschaften fordern Erhöhung der Versorgungs- bezüge der Eisenbahner	105
Malta: Streik bei öffentlichen Verkehrsbetrieben	105
USA: Verhandlungen über Lokpersonal-Bemessung wieder aufgenommen	106
Bedeutender Erfolg amerikanischer Bordingenieure	107
 NACHTRAG	 107
 PERSONALIEN	 108
 BEVORSTEHENDE TAGUNGEN	 108

Anhang:

ITF drängt im Hinblick auf die jüngsten Flugzeugentführungen
auf Sofortmassnahmen auf internationaler Ebene

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

Ueber die Stellungnahme der ITF zu den jüngsten Flugzeugentführungen berichten wir im Anhang zu den vorliegenden Nachrichten.

ITF-Funkoffiziere beraten über zukünftige Gestaltung des internationalen Seenot-Funkmeldesystems

Am 15. und 16. September 1970 fand in London eine Tagung von Mitgliedsverbänden der Funkoffiziere statt, an der sich 12 Delegierte aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Grossbritannien, den Niederlanden, Italien, Norwegen, Schweden und den Vereinigten Staaten beteiligten. Den Anlass zur Tagung hatten die Beratungen des zuständigen IMCO-Unterausschusses, Anfang Juli, ebenfalls in London, gegeben, bei denen sich gewisse Regierungen und internationale Gremien zu scharfer Kritik am gegenwärtigen weltweiten Seenot-Funkmeldesystem veranlasst gesehen hatten. (Siehe ITF-Nachrichten Nr. 8, Seite 77.)

Nach gründlicher Prüfung der Entwicklung im Rahmen der IMCO sowie im Bereiche des Seenotmeldewesens wurde beschlossen, die Stellungnahme der an der Tagung teilnehmenden Organisationen der Funkoffiziere in einer gewerkschaftspolitischen richtungsweisenden Denkschrift niederzulegen, deren Gedankengänge im Einklang mit jenen stehen, auf die sich die Internationale Seeleute-Charta der ITF stützt.

Die Denkschrift enthält folgende wesentliche Empfehlungen und Richtlinien:

1. Eine Empfehlung betreffend eine Abänderung von Absatz 4 der internationalen Regelung Nr. 6 (d). Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde bedeuten, dass auf allen Schiffen mit Ausnahme von Fahrgastschiffen ein bestimmter Teil des 8-stündigen Wachdienstes der Funkelektronik-Offiziere ausschliesslich für Reparaturen und optimale Wartung der zur Gewährleistung der Sicherheit auf See verwendeten elektronischen Geräte zu verwenden wäre. Bei den erwähnten Funkoffizieren handelt es sich um solche mit entsprechenden zusätzlichen Befähigungen, die von den zuständigen Stellen der einzelnen Länder auf Grund der ihnen im Sinne der Vorschrift Nr. 869 der International Telecommunications Union übertragenen Vollmachten festzulegen wären. Gewährleistet würde die Verwendung eines Teils des Wachdienstes für die vorerwähnten Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten durch eine

diesen Zwecken dienende Unterbrechung des Wachdienstes, jedoch nur dann, wenn das Schiff einen Funkelektronik-Offizier führt.

Eine weitere Bedingung wäre der Einbau eines als organischer Bauteil der Bordfunkanlage funktionierenden und zu bedienenden selektiven Rufgeräts.

2. Ablehnung der von gewissen Regierungen heutzutage geduldeten, allzu elastischen Auslegung der Bestimmungen der Vorschrift Nr. 6(d), die zur Folge hat, dass verschiedene dienstliche Obliegenheiten, von denen einige weder für die Sicherheit auf See noch für den Funkdienst als solchen erforderlich sind, als Vorwand für Beeinträchtigung des Wachdienstes benutzt werden.

3. Reparaturen und Wartung der selektiven Rufanlage sollen Aufgaben eines Funkelektronik-Offiziers sein.

4. Umfassende, von den zuständigen staatlichen Stellen zu treffende Vorkehrungen für die Ausbildung von qualifizierten Funkelektronik-Offizieren, im Hinblick auf die Durchführung der erforderlichen Reparaturen und Wartungsarbeiten an den für die Sicherheit auf See und die Navigation der Schiffe unerlässlichen Elektronikanlagen.

5. Einführung der Nachrichtenübermittlung über Satelliten zur Ergänzung der vorhandenen Seenotmeldeeinrichtungen. Dabei müsste ein ausschliesslich über Satelliten gesteuertes System unbedingt abgelehnt werden, da diese besonders leicht absichtlich oder auch unabsichtlich ausser Betrieb gesetzt werden können.

6. Vorbehaltlose Ablehnung automatischer Warnsysteme.

7. Stellungnahme gegen die Wiedereinführung des Begriffes der sog. Einsatzbereiche. Im Sinne dieser Begriffsbildung würden die gegenwärtig üblichen, auf Funktelegraphie beruhenden Sicherheitsvorkehrungen im Bereiche der als "Europäische Zone" eingestuften Gewässer durch die unzulänglichen und unzuverlässigen Sprechfunksysteme ersetzt werden, was zur Folge hätte, dass ein hoher Prozentsatz der Schifffahrt nicht mehr mit der Sicherung durch das internationale, auf Funktelegraphie beruhende Notmeldesystem rechnen könnte. Eine weitere Folgeerscheinung wäre eine unzumutbare Belastung anderer, ohnedies voll beschäftigter Besatzungsmitglieder.

8. Vorbehaltlose Ablehnung aller sicherheits- und überwachungs-technischer Einrichtungen, bei denen der Mensch nicht mehr Ausschführender ist, sowie der Einführung eines einheitlichen, ausschliesslich auf Sprechfunk beruhenden Notmeldesystems, dessen Anlagen von nicht qualifiziertem Personal bedient werden sollten.

LATEINAMERIKA

Lehrgang über Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Schifffahrt

Vom 13. bis 18. Juli d.J. fand in San José, Costa Rica, ein Lehrgang über die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Schifffahrt statt, dem 32 Gewerkschaftsführer in Vertretung von Organisationen der Seeleute und Hafenarbeiter aus Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Costa Rica, Chile, Ekuador und Uruguay teilnahmen. Für die Durchführung des Lehrgangs zeichnete die ITF in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verantwortlich. Für die Vorbereitung und mit dem Lehrgang unmittelbar zusammenhängenden Vorkehrungen hatte der Leiter des für Lateinamerika und den Karibischen Raum zuständigen Sekretariats der ITF, Kollege Medardo Gomero, die Verantwortung übernommen.

Zum Programm des Lehrgangs zählten Vorträge über die durch den technischen Fortschritt bedingten strukturellen und sonstigen Änderungen im Bereiche der Schifffahrt und der Hafenwirtschaft, wobei sich die Kollegen D. Tennant (Vorsitzender der Seeleute-sektion der ITF und Generalsekretär der Vereinigung britischer Offiziere der Handelsschifffahrt und Zivilluftfahrt), und Roger Dekeyzer (Mitglied des ITF-Vorstandes und 1. Vorsitzender des belgischen Transportarbeiterverbandes) als Referenten betätigten.

Dazu kamen Diskussionsbeiträge von Lehrgangsteilnehmern, die über ihre Erfahrungen und Probleme berichteten. Abschliessend wurde eine Reihe von Empfehlungen gutgeheissen, die folgende Zielsetzungen zum Gegenstand hatten: Besonders auf die Belange der Seeleute und Hafenarbeiter in Lateinamerika und im Karibischen Raum ausgerichtete Vorkehrungen, Bedeutung einer in konkreter Form zum Ausdruck gebrachten solidarischen Haltung der Mitgliedsverbände der Seeleute und Hafenarbeiter, Befürwortung der von der Vorbereitenden Technischen Schifffahrtstagung in Genua im September 1969 gutgeheissenen Vorschläge, und über die IAO zu ergreifende Massnahmen im Hinblick auf die Einführung von Mindestnormen in der Hafenwirtschaft in Angelegenheiten wie Garantielöhne, Sicherheit des Arbeitsverhältnisses u.dgl. Ferner appellierte der Lehrgang an die ITF, bei der Regierung Argentinien im Hinblick auf die Wiedereinsetzung des Kollegen Eustaquio Tolosa, ehemaliger Vorsitzender des dortigen Hafenarbeiterverbandes, in seine bürgerlichen Rechte vorstellig zu werden. Derzeit ist dem Kollegen Tolosa noch jegliche aktive gewerkschaftliche Arbeit untersagt.

Mit diesem Lehrgang wurde, nach übereinstimmender Ansicht der Teilnehmer, der dringenden Notwendigkeit eines Austausches von Erfahrungen und Beratungen über die vielen Probleme der Mitgliedsverbände der Seeleute und Hafenarbeiter in Lateinamerika Rechnung getragen, da die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf das Leben und die Arbeitsbedingungen der Mitglieder in immer grösserem Umfange unmittelbar zutage treten.

Wie erinnerlich sein wird, sah sich die Penn Central-Bahn gegen Anfang des laufenden Jahres zur Bankrotterklärung veranlasst, nachdem ihr eine beim Verteidigungsministerium beantragte Anleihe nicht bewilligt worden war. Unmittelbar im Anschluss daran wurde dem Kongress ein Entwurf eines Gesetzes unterbreitet, das die Gewährung von staatlich garantierten Anleihen an die Penn Central-Bahn und andere, in finanzielle Schwierigkeiten geratene Eisenbahnen vorsieht.

Kollege Dennis betonte gleichzeitig die Notwendigkeit einer wirksamen Vertretung der Interessen des Personals der Penn Central-Bahn und erklärte, seine Gewerkschaft sei überaus beunruhigt wegen der Unfähigkeit der Eisenbahnverwaltung, ihren finanziellen Verpflichtungen dem Personal gegenüber nachzukommen. Man könne den Eisenbahnern nicht zumuten, umsonst zu arbeiten. Ebensowenig hätten die Arbeitgeber ihre Beiträge zur Alters- und Arbeitslosenversicherung und den verschiedenen Zusatzversicherungen sowie zur Krankenversicherung ihrer Arbeitnehmer weiterbezahlt.

Kollege Dennis befürchtete, dass aus dem Bankrott der Penn Central-Bahn eine Lawine werden könnte, der die übrigen, derzeit finanziell gefährdeten Eisenbahnen ebenfalls zum Opfer fallen könnten. Wenn heute die Penn Central-Bahn keine Löhne mehr bezahlen kann, so können in den kommenden Wochen oder Monaten andere Eisenbahnen diesem Beispiel folgen, meinte er.

Er erklärte weiter, die gegenwärtige gesetzliche Regelung könne bestenfalls als Uebergangsstadium auf dem Wege zu einer ganz Amerika erfassenden Verkehrspolitik betrachtet werden. Wie diese gestaltet werden könne, liesse sich noch nicht genau sagen. Eventuell käme die Verstaatlichung der Penn Central, oder auch eines Ankaufs der Bahn durch die öffentliche Hand in Betracht. Als Alternative wäre die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, oder die Erweiterung der Befugnisse des für den Personenverkehr zuständigen Gremiums im Hinblick auf eine Sanierung des Eisenbahnverkehrs im allgemeinen, und besserer Dienstleistungen für das reisende Publikum.

Der erste Schritt müsste aber, wie Kollege Dennis abschliessend feststellte, die Bereitstellung der unmittelbar benötigten Mittel sein. Dazu müsse als zweite Phase die Verabschiedung einer gesetzlichen Neuregelung kommen, durch die einer für ganz Amerika geltenden Neugestaltung der Eisenbahnverkehrspolitik der Weg geebnet würde.

New York plant Massnahmen zur Abwehr von Ueberfällen auf Taxifahrer

Durch eine demnächst in Kraft tretende Neuregelung im Taxigewerbe soll den Raubüberfällen auf Taxifahrer Einhalt geboten werden. Dieses Jahr haben 1.550 solcher Ueberfälle den Tod von acht Taxifahrern zur Folge gehabt, und in der letzten Zeit haben sich die Fahrer geweigert, nach Einbruch der Dunkelheit zu fahren, es sei denn, es würden zweckdienliche Abwehrmassnahmen getroffen.

Nunmehr sollen alle Taxis mit einem Geldbehälter ausgerüstet werden, der nur in der Garage geöffnet werden kann. Der Fahrer darf höchstens \$ 5 (etwa DM 20,--) in bar bei sich haben, wobei von den Fahrgästen verlangt werden soll, dass sie, soweit wie möglich, den genauen Betrag überreichen. Die Verwirklichung des letztgenannten Vorschlags dürfte kaum auf Schwierigkeiten stossen, da sich eine ähnliche, aus dem gleichen Grunde bei Buslinien im Sommer des vorigen Jahres eingeführte Regelung sehr gut bewährt und dazu geführt hat, dass von Ueberfällen auf Busfahrer kaum noch die Rede sein kann (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 10 -- 1969).

GEWERKSCHAFTEN

GROSSBRITANNIEN

Kongress des Gewerkschaftsbundes fordert höhere Löhne und Expansion der Wirtschaft

Bei seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung des Kongresses des TUC führte dessen Präsident, Sir Sidney Greene (Generalsekretär des der ITF angeschlossenen Eisenbahnverbandes und ITF-Vorstandsmitglied) der konservativen Regierung die Gefahr der Feindschaft der Gewerkschaftsbewegung vor Augen, zu der die ins Auge gefasste Gewerkschaftsgesetzgebung Anlass geben könne. Er erklärte, aus eigener Erfahrung müsse der Wert einer gesetzlichen Regelung, mit deren Hilfe die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern harmonisch gestaltet werden sollen, stark bezweifelt werden.

Zu der vom Gewerkschaftsbund selbst geplanten Neugestaltung der britischen Gewerkschaftsbewegung verwies der Generalsekretär des TUC, Victor Feather, auf die Bedeutung der aktiven Mitarbeit der Arbeitnehmer an der Tätigkeit ihrer Gewerkschaften. Die vom Generalrat des TUC erarbeitete Denkschrift stelle einen radikalen Versuch dar, die bei den Gewerkschaften üblichen demokratischen Methoden grundlegend nezugestalten, und die Rolle der Arbeitnehmer im Rahmen der Gemeinschaft neu zu bewerten.

Von grösster Tragweite ist der Vorschlag über die Errichtung von Wirtschaftsausschüssen. (Ein für die Verkehrswirtschaft zuständiges Gremium wird bereits geplant). Im Rahmen dieser Ausschüsse sollen die einzelnen Gewerkschaften für ihre Wirtschaftszweige geltende gemeinsame gewerkschaftspolitische Richtlinien vereinbaren, und zwar im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbund. Zweck dieser Regelung ist eine einheitliche Vorgangsweise im Hinblick auf Einstellung von Arbeitskräften, Kollektivverträge, Beziehungen zwischen den Gewerkschaften, und Gestaltung der Lohn- und Gehaltsstruktur.

Seit dem Vorjahre hat sich die Mitgliederzahl des britischen Gewerkschaftsbundes auf die bisher noch nie erreichte Ziffer von 9,4 Millionen erhöht, ein Zuwachs um über eine halbe Million.

Der Kongress endete mit der Wahl von Lord Cooper, Generalsekretär der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, zum Vorsitzenden des Generalrates des TUC.

SPANIEN

Personal der U-Bahn von Madrid ersucht Regierung um Beistand im Lohnkonflikt

Das Personal der im Privatbesitz befindlichen Madrider U-Bahn, dem anlässlich der Arbeitsniederlegung Ende Juli (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 8) mit Zwangsmobilisierung gedroht worden war, hat die Regierung um ihren Beistand im gegenwärtigen Lohnkonflikt ersucht.

TSCHECHOSLOWAKEI

IBFG-Erklärung zum zweiten Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei

Zum zweiten Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei erklärte Harm G. Buiters, Generalsekretär des IBFG u.a.:

"Die seit zwei Jahren andauernde Besetzung der Tschechoslowakei bestätigt immer wieder die schlimmsten Befürchtungen, denen eine bestürzte Welt am 21. August 1968 Ausdruck verliehen hatte. Der IBFG ist ganz besonders betroffen über die Wendung der Ereignisse in der Tschechoslowakei, denn die dortigen Gewerkschaften können auf eine hundertjährige Tradition internationaler Gesinnung und des Kampfes für die Ideale der Arbeiterbewegung zurückblicken. Die Gewerkschaftsreform, vorangetrieben von Millionen einfacher Arbeitnehmer des ganzen Volkes, war ein wesentlicher Beitragsfaktor zur nationalen Erneuerung, wie sie unter dem Namen Prager Frühling bekannt wurde. Selbst wer noch vor einem Jahre hoffte, dass zumindest etwas von dem Erreichten erhalten bleiben könnte, muss nun zusehen, wie systematisch eine Neuerung nach der anderen rückgängig gemacht wird. Alle bedeutenden Errungenschaften der Arbeiter, zuletzt die Errichtung von Arbeiterräten und die Zuerkennung eines echten Streikrechts, sind nun endgültig aufgehoben worden. Die Geschichte wird umgeschrieben, um zu beweisen, dass es solche Errungenschaften nie gegeben hat. Inzwischen haben mehr als 60.000 Gewerkschafter, die sich mit der Reformbewegung identifiziert hatten, im Zuge der 'Normalisierung' ihre Arbeitsplätze verloren, und zweifellos werden es noch mehr werden."

VEREINIGTE STAATEN

Kalifornischer Traubenboykott zu Ende

Der fünf Jahre dauernde Kampf der kalifornischen Weinbergarbeiter um ihre gewerkschaftlichen Rechte hat, wie George Meany, Präsident des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO anlässlich des jüngsten Kongresses der Dachorganisation kalifornischer Gewerkschaften bekanntgab, mit einem gewerkschaftlichen Erfolg geendet.

George Meany brachte seine Anerkennung der Entschlossenheit und des Mutes der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck, wobei er im Namen der Weinbergarbeiter allen dankte, die ihre Bemühungen durch Boykott der von Unorganisierten gepflückten Trauben unterstützt hatten. Ein wesentlicher Beitragsfaktor zum Erfolg sei die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewesen.

Zeitlich zusammenfallend mit dem Ende des Streiks der Weinbergarbeiter kam es zum Abschluss von Tarifverträgen mit Interharvest, dem grössten Kopfsalatproduzenten in den kalifornischen Salinas und Santa Mariatälern, sowie mit den Erdbeerproduzenten Naturipe und Watsonville Strawberry Cooperative. In den Geltungsbereich der Tarifverträge, die Lohnerhöhungen und Gleichstellung der Arbeitnehmer mit den Traubenpflückern in Bezug auf Versicherungsleistungen beinhalten, fallen insgesamt 3.000 Arbeitnehmer. Die Kampfmassnahmen gegen die erwähnten drei Arbeitgeber sind abgeblasen und die Arbeit wieder aufgenommen worden.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DAENEMARK

Vorläufig noch kein dänischer Fischerstreik

Von der seinerzeit ins Auge gefassten Arbeitsniederlegung der dänischen Fischer wird vorbehaltlich eines Schiedsgerichtsentscheids Abstand genommen. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 8).

DEUTSCHLAND

Entscheidender Erfolg der GdED

Der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands ist es gelungen, für die rund 160.000 Arbeiter der Deutschen

Bundesbahn wesentliche Lohnerhöhungen und eine erheblich bessere Altersversorgung auszuhandeln. Die Vereinbarungen über den Ausbau des Monatslohns treten stufenweise in drei Abschnitten jeweils am 1. Oktober 1970, 1971 und 1972 in Kraft. Die Arbeiter erhalten somit neben den innerhalb der zwei Jahre etwa noch zu vereinbarenden allgemeinen Lohnerhöhungen noch weitere Lohnsteigerungen, die bei der Mehrzahl vor allem durch den starken Ausbau der Dienstzeitzulagenregelungen weit über 15 % betragen. Ausserdem wird die weitgehende Angleichung der Arbeitsbedingungen von Angestellten und Arbeitern herbeigeführt.

Wie die GdED ferner mitteilt, wird die regelmässige wöchentliche Arbeitszeit am 1. Januar 1971 um eine Stunde auf 42 Stunden verkürzt. Um dem Trend zur Fünf-Tage-Woche zu folgen, müssen künftig 26 der jährlich mindestens zu gewährenden 52 Ruhetage jeweils eine Mindestdauer von 56 Stunden umfassen.

Tarifvertrag über das Sozialwerk für Seeleute

Zwischen der der ITF angeschlossenen deutschen Gewerkschaft OeTV und den deutschen Reeder- und Küstenschifferverbänden ist ein Tarifvertrag über eingemeinnütziges "Sozialwerk für Kapitäne und Besatzungsmitglieder in der deutschen Seeschifffahrt" vereinbart worden. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz von Kollege Wiemers von der Gewerkschaft OeTV statt.

Das Sozialwerk wird als gemeinsame Einrichtung zum Zwecke der Betreuung, vor allem während des berufsbedingten Aufenthalts im Auslande und auf See ins Leben gerufen. Die zur Finanzierung notwendigen Mittel werden je zur Hälfte von den Reedern einerseits und den Kapitänen und Besatzungsmitgliedern andererseits aufgebracht, wobei die Reeder verpflichtet sind, monatlich für jeden in ihrem Dienst stehenden Kapitän und jedes bei ihnen in einem Heuverhältnis stehende Besatzungsmitglied einen Betrag von DM 1.-- an das Sozialwerk zu entrichten, Kapitäne und Besatzungsmitglieder entrichten den gleichen Betrag, der von den Bezügen und Heuern einbehalten wird.

GROSSBRITANNIEN

Hafenarbeiter in London und Hull stimmen für Modernisierung

Die in den gedeckten Hafenanlagen von London beschäftigten Hafenarbeiter haben sich mit der Inkraftsetzung der 2. Phase des Modernisierungsprogramms einverstanden erklärt, wodurch die bisher üblichen, grundsätzlich unständigen Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden. Am 21. September d.J. begannen rund 10.000 dieser Hafenarbeiter mit Zweischichtenarbeit. Der bisher üblichen Akkordarbeit, auf die zahlreiche gewerkschaftspolitische Auseinandersetzungen zurückzuführen sind, ist damit ein Ende bereitet worden.

Als Gegenleistung für das Versprechen ihrer Interessenvertretung, von den in der Aera der Gelegenheitsarbeit eingeführten restriktiven Praktiken in Zukunft Abstand zu nehmen, erhalten die Hafendarbeiter für eine 31 1/4-stündige Arbeitswoche einen Grundlohn in Höhe von £ 36.10s. bis £ 39. Dazu wird mit einer Erhöhung des Entgelts für Mehrarbeit um fast 50% gerechnet.

Auch die in Hull, dem drittgrössten Hafen des Landes tätigen Hafendarbeiter haben sich mit den im Devlin-Plan festgelegten Richtlinien für die Modernisierung der Hafenwirtschaft einverstanden erklärt. Die dort beschäftigten 3.000 Arbeiter erhalten für 35 Stunden Arbeit je Woche einen Grundlohn von £36.15s., der sich bei Zweischichtenarbeit mit etwas kürzerer Arbeitszeit auf £ 41.15s. erhöht.

Die im Rahmen des Devlin-Plans empfohlenen Modernisierungsmassnahmen sind nunmehr von fast der Hälfte der 46.000 Hafendarbeiter Grossbritanniens gutgeheissen worden. Die meisten dieser Arbeiter gehören dem der ITF angeschlossenen Transportarbeiterverband an.

Höhere Mindestlöhne für LKW-Fahrer

Der britische Transportarbeiterverband (ITF-Mitglied) hat zugunsten der 220.000 LKW-Fahrer Grossbritanniens einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt, der einen Mindestlohn in Höhe von £ 16.10s. je Woche vorsieht. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 4),

Aufgrund dieses Tarifvertrages, der im Oktober 1970 in Kraft tritt, erhöht sich der Mindestlohn der LKW-Fahrer in der niedrigsten Gewichtsklasse (LKWs bis zu 5 Tonnen) bei 40-stündiger Arbeitswoche um £ 5.1s.6d auf £ 16.10s. Fahrer von LKWs mit einem Gewicht von 21 und mehr Tonnen erhalten einen Wochenlohn von £ 18.17s.6d.

Personal privater und kommunaler Autobusbetriebe verweigert Ueberstunden

Infolge Festfahrens der Tarifvertragsverhandlungen zwischen dem Transportarbeiterverband und den Arbeitgebern hat sich die der ITF angeschlossene Gewerkschaft veranlasst gesehen, die Verweigerung der Mehrarbeit bei den obigen Betrieben anzuordnen. Durch diese Kampfmassnahme, bei der es um die Belange von 64.000 kommunalen und 98.000 bei Privatbetrieben tätigen Arbeitnehmern geht, wurden die Fahrpläne vieler Autobuslinien in der Provinz im September d.J. über den Haufen geworfen. Zusätzlich zum Boykott der Mehrarbeit verweigern die Arbeitnehmer der Autobusbetriebe in der Provinz die Beförderung stehender Fahrgäste sowie ihre weitere Mitarbeit bei der Einführung des Einmannbetriebes bei gewissen Linien.

Von gewerkschaftlicher Seite wird erstmalig die Einberufung einer gemeinsamen Tagung von Delegierten kommunaler und privater Busbetriebe erwogen, die sich mit der Möglichkeit gemeinsamer Kampfmaßnahmen beschäftigen soll.

Die Busfahrer aller Unternehmen verlangen eine mehr als 25%ige Lohnerhöhung, durch die sich ihr Grundlohn auf wöchentlich £ 20 erhöhen würde. Die Arbeitgeber lehnen jede Lohnerhöhung vor Ablauf der Geltungsdauer der derzeitigen Tarifverträge ab, haben aber immerhin ihre Zustimmung zu zwei gewerkschaftlichen Forderungen erteilt, nämlich Einführung des dreiwöchigen Jahresurlaubs und Erhöhung der Ueberstundensätze (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 7).

Gemeinsames gewerkschaftliches Aktionskomitee im Luftverkehr

Mit Hilfe eines von Arbeitnehmern der Luftverkehrslinien BEA und BOAC ins Leben gerufenen gemeinsamen Aktionskomitees soll der Uebernahme gewisser, bisher von den beiden Gesellschaften bedienter Linien durch die geplante neue private Luftverkehrslinie, die durch Fusion von British United und Caledonian Airways entstehen soll, Einhalt geboten werden (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 8).

INDIEN

Leichterbesatzungen im Hafen von Kalkutta streiken

Am 27. Juli d.J. endete der 66 Tage dauernde Streik von 15.000 im Hafen von Kalkutta tätigen Leichter-Besatzungsmitgliedern, nachdem ihnen eine vorläufige Lohnerhöhung von 20 Rupien im Monat (DM 1,-- = 2,10 Rupien) bewilligt worden war. Ausserdem verpflichteten sich die zuständigen staatlichen Stellen, die von den Besatzungen erhobenen Forderungen an eine für die Hafenvirtschaft zuständige Schlichtungsstelle zur Erledigung weiterzuleiten. Den Anlass zur Arbeitsniederlegung gab eine den Hafnarbeitern bewilligte Lohnerhöhung, von der die Leichterbesatzungen jedoch ausgeschlossen wurden. Dieser Regelung widersetzte sich die der ITF angeschlossene Hafnarbeitergewerkschaft 'Calcutta Port Shramik Union' mit der Begründung, dass die Leichterbesatzungen am Güterumschlag mitarbeiten, und beim Verladen eine wichtige Rolle spielen, weshalb es ungerecht wäre, ihnen die Lohnerhöhung vorzuenthalten.

Die ITF hat die Gewerkschaft bei dieser Kampfmaßnahme nach besten Kräften unterstützt, wobei sie auch bei den zuständigen Stellen mit allem gebotenen Nachdruck im Hinblick auf eine faire Regelung vorstellig wurde.

ISLAND

Tarifpolitischer Erfolg isländischer Fischer und Seeleute

Auf Grund eines zwischen dem isländischen Seeleuteverband (ITF-Mitglied) und den Reedern in der Handelsschifffahrt vereinbarten Tarifvertrages erhöhen sich die monatlichen Heuern der Matrosen um 15% und die Ueberstundensätze um 17%. Zusammen mit Erhöhungen gewisser Nebenleistungen ergibt sich eine Anhebung der monatlichen Heuern um 20%. Ein weiterer, mit den Trawler-Reedern ausgehandelter Vertrag sieht eine 17,5%ige Erhöhung der monatlichen Heuern sowie sonstiger Bezüge vor, woraus sich eine Gesamterhöhung ähnlich der für Matrosen auf Kauffahrteischiffen vereinbarten ergibt.

Bei den Besatzungen kleinerer Fischereifahrzeuge folgte auf die Anfang 1970 vereinbarte Neuregelung der Heuern eine weitere mit Wirkung vom 1. Juli d.J., die eine 17,5%ige Erhöhung der garantierten monatlichen Grundheuern vorsieht. Gegenwärtig beträgt die monatliche Mindeststeuer 20,283 isländische Kronen (DM 1,-- = 24,22 isländische Kronen), wozu eine Verpflegungszulage in Höhe von 3.000 Kronen kommt.

JAPAN

Seeleute erwägen Boykott der Riesentanker

Für den Fall, dass die japanische Regierung von der Verwirklichung ihrer Projekte von Tankern mit einer Tonnage von mehr als 500.000 nicht Abstand nehmen will, erwägt der japanische Seeleuteverband die Möglichkeit, seinen Mitgliedern die Verweigerung der Beschäftigung auf solchen Schiffen nahezu legen. Nach Ansicht der Gewerkschaft ist die Betriebssicherheit dieser Riesentanker fragwürdig. Diese Warnung folgt auf die ergebnislos verlaufenen Arbeiten einer zur Untersuchung der Ursachen des Untergangs von zwei solchen Tankern, die Bolivar Maru und California Maru, eingesetzten Kommission.

Von den zuständigen staatlichen Stellen wurde der Gewerkschaft mitgeteilt, es bestehe kein Anlass zu der Annahme, dass die Betriebssicherheit bei Riesentankern zwangsläufig auf einem niedrigeren Niveau stehe als bei kleineren Schiffen.

KANADA

Gewerkschaften fordern Erhöhung der Versorgungsbezüge der Eisenbahner

Die kanadischen Gewerkschaften der Eisenbahner, darunter die der ITF angeschlossenen United Transportation Union und Brotherhood of Railway, Transport & General Workers, haben die Regierung unmissverständlich auf die eventuelle Gefährdung der auf kommenden Herbst anberaumten Tarifvertragsverhandlungen verwiesen, mit der zu rechnen wäre, falls die staatliche Verkehrskommission zu keiner wesentlichen Verbesserung der von ihr geplanten Neuregelung der Versorgungsbezüge zu bewegen wäre. Besonders scharf kritisieren die Gewerkschaften die ins Auge gefasste Kürzung der zur Speisung der Versicherungskassen vorgesehenen Mittel. Ausserdem wird der Staatsbahn zum Vorwurf gemacht, dass ihre Arbeitnehmer schlechter gestellt wären als jene anderer Wirtschaftszweige.

MALTA

Streik bei öffentlichen Verkehrsbetrieben

Wie bereits in unseren Nachrichten Nr. 8 (Seite 89) angedeutet, folgte auf den eintägigen Streik der beim Arbeiterverband von Malta (ITF-Mitglied) organisierten Arbeitnehmer öffentlicher Verkehrsbetriebe am 16. August eine weitere Arbeitsniederlegung, als Antwort auf die Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen durch die Regierung.

Der ursprünglich auf drei Tage befristete Streik erfasste auch weitere organisierte Arbeitnehmer, nachdem man sich darüber klar geworden war, dass die Regierung nicht kampflos nachgeben würde. Auf Anordnung der Gewerkschaft verweigerten die für die Versorgung der Tankstellen mit Treibstoff verantwortlichen Arbeiter die Belieferung, um der streikbrecherischen Tätigkeit der Unternehmer, die ihre Busse selbst fahren, Einhalt zu gebieten. Dazu kam die Unterbrechung der Verbindungen auf dem Seewege, nachdem sich die Regierung geweigert hatte, die zwecks Versorgung der Tankstellen eingesetzte Polizei abzurufen, worauf die Hafenslotsen auf Anordnung der Gewerkschaft jede Arbeit auf ein- und auslaufenden Schiffen verweigerten. Dieser Kampfmassnahme schlossen sich die Schlepperbesatzungen an, indem sie jede Arbeit in Abwesenheit eines Lotsen ablehnten.

Auf Ansuchen der Gewerkschaft auf Malta ersuchte die ITF ihre französischen und italienischen Mitgliedsverbände, alle auf dem Wege nach Malta befindlichen Schiffe und Flugzeuge zu boykottieren.

Angesichts des immer mehr um sich greifenden Streiks sah sich die Regierung zu der Behauptung veranlasst, die Gewerkschaft lege der Errichtung einer Verkehrsbehörde Hindernisse in den Weg, was diese sofort mit der Feststellung widerlegte, sie selbst habe ja die Einsetzung eines solchen Gremiums im Interesse der Arbeitnehmer öffentlicher Verkehrsbetriebe verlangt, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen noch immer reichlich zu wünschen übrig liessen. Verwiesen wurde dabei auf die Löhne von Busfahrern und Schaffnern, die bei einer 55-stündigen Arbeitswoche nur £ 7.15s bzw. £ 6.10s verdienen.

Schliesslich erklärte sich die unter Druck gesetzte Regierung mit der Errichtung einer für öffentliche Verkehrsbetriebe zuständigen Stelle einverstanden. Der Streik wurde abgeblasen, als sich die Regierung verpflichtete, eine aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaft und der Unternehmer bestehende Kommission zur Prüfung der verkehrspolitischen Lage auf Malta einzusetzen. Der Tätigkeitsbericht der Kommission soll innerhalb von drei Monaten vorliegen. Vertreter der Gewerkschaft bei der Kommission sind die Kollegen Joe Attard Kingswell (Generalsekretär) und Alphonse Caruana (Leiter der Fachabteilung Hafenwirtschaft und Industrie).

VEREINIGTE STAATEN

Verhandlungen über Lokpersonal-Bemessung wieder aufgenommen

Ende August wurden die im vergangenen Juni ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen zwischen der der ITF angeschlossenen United Transportation Union und den Vorständen der Eisenbahnen über die Bemessung des zur Gewährleistung der Betriebssicherheit erforderlichen Lokpersonals wieder aufgenommen. Im Juni hatte die Gewerkschaft auch drei Eisenbahnen bestreikt, um ihre leitenden Stellen zu direkten Verhandlungen in dieser Frage zu veranlassen, worauf Präsident Nixon eingegriffen und eine ausserordentliche Kommission zur Behandlung des Konflikts eingesetzt hatte. (Siehe ITF-Nachrichten Nr. 7).

Die Gewerkschaft schliesst sich den Empfehlungen der erwähnten Kommission zwar nicht vollinhaltlich an, betrachtet sie jedoch immerhin als Ausgangspunkte für weitere Verhandlungen. Insbesondere wird anerkannt, dass sich die Kommission der Notwendigkeit der Sicherung des Arbeitsverhältnisses aller derzeit beschäftigten Heizer nicht verschliesst. Ebenso grosse Bedeutung wird auf gewerkschaftlicher Seite der von der Kommission empfohlenen "den konkreten Gegebenheiten entsprechenden" Aufteilung der Personaleinsparungen auf Lokführer und sonstiges Lokpersonal, dem zusätzliche Aufgaben übertragen werden sollen, beigemessen.

Bedeutender Erfolg amerikanischer Bordingenieure

Die der ITF angeschlossene US Flight Engineers' International Association hat für die bei All American Airlines beschäftigten Bordingenieure einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt, der folgende wesentliche Verbesserungen beinhaltet:

10%ige Erhöhung der Gehälter rückwirkend ab 1. Dezember 1969, und weitere 3%ige Erhöhung mit Wirkung vom 1. Juni 1970;

25%ige Anhebung der Spesenvergütungen;

3 Wochen Jahresurlaub nach 5-jähriger Dienstzeit, und 5 Wochen nach 20 Jahren;

Maximal zu erwerbender Rechtsanspruch auf bezahlten Krankenurlaub von insgesamt 150 Tagen;

Fortzahlung der Bezüge und volle Anrechnung der gesamten, ohne dienstliche Verwendung dem Einsatz vorangehenden Zeit auf internationalen Kursen;

Bezahlung für mindestens 2 voll auf die Dienstzeit anrechenbare Stunden Flugzeit für auf internationalen Kursen eingesetzte Bordingenieure, die sich zum Dienst melden, aber nicht mitfliegen können;

und bis zu 40%ige Erhöhung der Versicherungsdeckung.

NACHTRAG

=====

Unter Bezugnahme auf unseren jüngsten Bericht über die neuen Richtlinien für Sicherheit der Arbeit britischer Seeleute teilt uns die der ITF angeschlossene Vereinigung der Offiziere in der Handelsmarine und Zivilluftfahrt mit, dass sie in der vom Handelsministerium eingesetzten Kommission zunächst durch den stellvertretenden Generalsekretär, Kollege D. Carmichael, und nach dessen Ableben durch Kollege A.R. Begg vertreten war. Die Gewerkschaft hat sich auch für die Behandlung dieses Fragenkomplexes auf internationaler Ebene im Rahmen der IAO eingesetzt.

PERSONALIEN

Harry Nicholas, Generalsekretär der britischen Arbeiterpartei, wurde anlässlich des Rücktritts der Labour-Regierung in den Adelsstand erhoben. Er war seinerzeit Mitglied des Vorstands der ITF.

R.W. Buckton wurde zum Generalsekretär der britischen Gewerkschaft des Lokpersonals (ASLEF) ernannt. Er war seit dem Tode des Kollegen Griffiths amtierender Generalsekretär.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

- Sektionskonferenz der Seeleute - Genf, 9-10 Oktober 1970
- Konferenz der Sektion
Strassentransport - London, 4-6 November 1970
- Interamerikanische Regional-
konferenz der ITF - Mexico City, 9-14 November
1970
- Konferenz der Sektion
Binnenschifffahrt - 25-27 November 1970
(Tagungsort noch zu bestimmen)
- ITF-Vorstand - London, 27-28 November 1970

WEITERE INFORMATIONEN UEBER
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-
HAELTLICH.

ITF drängt im Hinblick auf die jüngsten Flugzeugentführungen auf Sofortmassnahmen auf internationaler Ebene

Auf die mehrfachen, von der Volksfront für die Befreiung Palästinas am Anfang dieses Monats in die Wege geleiteten Flugzeugentführungen reagierte die ITF ohne Verzug, um Regierungen und Luftverkehrslinien zu Sofortmassnahmen zum grösstmöglichen Schutze von Besatzungen und Fluggästen durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, ohne Rücksicht auf die dadurch verursachten Kosten und Unannehmlichkeiten. Bezweckt wurde ferner ein entschlossenes Vorgehen auf internationaler Ebene im Hinblick auf die strenge Ahndung von Straftaten gegen Flugzeuge des Luftverkehrs und internationale Sanktionen gegen jedes Land, das die für solche Straftaten Verantwortlichen unterstützt oder ihnen Schutz gewährt.

Kollege Blyth, Generalsekretär der ITF, traf unverzüglich Vorkehrungen für eine Unterredung mit leitenden Persönlichkeiten der ICAO und IATA in Montreal über die jüngste Krise und zwecks Unterbreitung von Vorschlägen über Sofortmassnahmen auf internationaler Ebene. Gleicherweise setzte sich die ITF mit den betreffenden Regierungsstellen hinsichtlich der ordnungsgemässen Freilassung der Besatzungen und Fluggäste der entführten Maschinen in Verbindung. Ausserdem wandte sich das Sekretariat der ITF an beide arabische Mitgliedsverbände und die Arabische Föderation der Gewerkschaften des Personals der Zivilluftfahrt mit dem Ersuchen, ihren Einfluss im Hinblick auf die Freilassung der Besatzungen und Fluggäste geltend zu machen.

Kollege Blyth wohnte ferner einer ausserordentlichen Sitzung der Internationalen Föderation der Pilotenverbände (IFALPA) in Washington bei, anlässlich der einer gemeinsamen Vorgangsweise beider internationaler Organisationen des Personals der Zivilluftfahrt und der Erarbeitung einer einheitlichen Stellungnahme zur Frage der künftigen Reaktion auf Flugzeugentführungen und Sabotage in der Luft. Als erstes Ergebnis dieser Schritte kann der Entwurf eines gemeinsamen Vorschlags über internationale Sanktionen bezeichnet werden, dessen Wortlaut in die beiden, derzeit zur Debatte stehenden Entwürfe von internationalen Uebereinkommen über rechtswidrige Inbesitznahme bzw. rechtswidrige Angriffe auf Verkehrsflugzeuge einzubeziehen wäre. Die Mitgliedsverbände des Personals der Zivilluftfahrt sind bereits vom Wortlaut des Antrags in Kenntnis gesetzt worden, damit sie noch vor den beiden, in den kommenden Wochen stattfindenden internationalen Konferenzen, die sich mit den Entwürfen der Abkommen und Massnahmen zu ihrer Anwendung beschäftigen sollen, bei ihren Regierungen vorstellig werden können.

Auch die ITF, IFALPA und IATA sind gemeinsam bei Regierungen vorstellig geworden, um sie zu sofortigen, einheitlichen Massnahmen zur Abwehr von Gewalttaten gegen Flugzeuge, Besatzungen und Fluggäste des Luftverkehrs über die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu veranlassen. Von den Einzelheiten der ins Auge gefassten Massnahmen sind die Mitgliedsverbände der ITF bereits in Kenntnis gesetzt worden. Gleichzeitig wurde ihnen nahegelegt, bei den Regierungen ihrer Länder im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Massnahmen vorstellig zu werden.

Anlässlich der am 28. September d.J. in Miami beginnenden Vollkonferenz der Sektion Zivilluftfahrt wird das Problem der Flugzeugentführungen, Luftsabotage und künftige Abwehrmassnahmen ebenfalls einer eingehenden Prüfung unterzogen. Ueber die von dieser Tagung gefassten Beschlüsse berichten wir im Einzelnen in der nächsten Ausgabe der ITF-Nachrichten.